

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 746

Mittwoch, 19. Januar 2022

29. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

Die Verzweigung der Kaffeebauern/-bäuerinnen - Tödliche Flucht vor dem Klimawandel.....	1
Gewalt hilft? - Mehr Geld für Militärveteran*innen geplant – für Umweltdienste im Gegenzug!.....	3
36 Achí-Frauen berichten über sexuelle Übergriffe durch PAC zwischen 1980 und 1983.....	4
Berufungskommission für die Wahl der Generalstaatsanwaltschaft installiert.....	5
Gesucht: Fachkraft für Konflikttransformation (w/m/d) in Guatemala.....	5

Die Verzweigung der Kaffeebauern/-bäuerinnen - Tödliche Flucht vor dem Klimawandel

Eine Reportage von Andreas Boueke

Seit Jahren zerstört der Klimawandel viele Pflanzen der Plantagen hochgelegener Kaffeeregionen. Auch deshalb ist der Weltmarktpreis der braunen Bohnen in letzter Zeit deutlich gestiegen. Trotzdem wird in Deutschland weiterhin mehr Kaffee getrunken als Bier. Gleichzeitig verlieren immer mehr Kaffeebauern in Guatemala ihre Überlebensgrundlage.

„Wir bearbeiten den Boden mit Hacken und Schaufeln“, sagt der Kleinbauer Arturo Gonzales. Mit seiner schmutzigen Hand wischt er sich Schweiß von der Stirn. „Früher war das Klima hier angenehm kühl, aber jetzt arbeiten wir meist in der Hitze.“

Noch vor wenigen Jahren war die Umgebung des guatemalteckischen Dorfes El Escobal auf über 1500 Metern Höhe ein ertragreiches Anbaugebiet für wertvollen Exportkaffee. Doch seit die Temperaturen immer weiter steigen, sind die Kaffeefelder nur noch selten von Nebel umhüllt. Vor rund zehn Jahren sind die ersten Sporen des Kaffeerosts auf den Feldern der Region aufgetaucht. Seither hat sich der Pilz schnell verbreitet und einen Grossteil der Pflanzen zerstört. „Viele Pflanzen sind krank“, erklärt Arturo Gonzales. „Wenn es auf unserem eigenen Feld nichts zu tun gibt, versuchen wir, auf den Plantagen grösserer Landbesitzer Arbeit zu finden. Dort müssen wir die Kaffeekirschen jetzt genau auswählen, weil viele nichts mehr taugen. Das ist mühselig und braucht viel Zeit. So lohnt sich die Arbeit nicht.“

Fast hundert Jahre lang hat der Kaffeeanbau die guatemalteckische Volkswirtschaft geprägt. Arturo Gonzales erinnert sich an Zeiten, als er auf einem Hektar Land 200 Säcke Kaffeekirschen ernten konnte. Jeder Sack wiegt knapp siebenzig Kilo. Heute sind so viele Pflanzen krank, dass dasselbe Grundstück nur noch 15, 20 Säcke produziert. „Von dem Verdienst können wir nicht mal genug Dünger kaufen. Deshalb suchen wir woanders nach Einkommen. Aber die Grossgrundbesitzer geben uns keine Arbeit mehr. Sie haben dasselbe Problem. Auch für sie ist der Kaffee nicht mehr rentabel.“

Die letzten Jahre waren so heiss und trocken, dass auch Pflanzungen im Schatten nur noch sehr wenige Kaffeekirschen produzieren. Deshalb verlassen immer mehr Nachbarn von Arturo Gonzales das Dorf El Escobal. Seine Frau Maria zeigt auf mehrere Hütten, die seit Langem leer stehen. „Als Mutter willst du deine Kinder gut versorgen. Aber oft haben wir nicht mal genug Geld, um ein Glas Milch zu bezahlen. Die Kinder leiden am meisten unter der Armut.“

Jedes Jahrzehnt wird wärmer als das vorherige. Die Klimaveränderungen tragen dazu bei, dass immer mehr Menschen ihre Heimat verlassen. Auch der älteste Sohn von Maria hat sich auf den Weg Richtung Norden gemacht, zusammen mit seinem Vater, seinem Onkel und dessen Sohn. „Früher gab es hier im Dorf mehr Möglichkeiten, Geld zu verdienen“,

sagt die Mutter. „Auch eine Frau fand Arbeit. Ich habe Strümpfe und Unterhosen verkauft. Aber heute haben die Leute kein Geld mehr. Wie soll man so aus der Armut rauskommen?“

Die Frau sieht müde aus. Sie weiss, wie gefährlich die Reise durch Mexiko ist. Aber im Grunde genommen sieht sie keine Alternative für ihre Kinder. „Tag für Tag denkst Du darüber nach, wie es weiter gehen soll. Wovon sollen wir leben? Was kannst du deiner Familie zu essen geben? Ist es besser, wenn die Kinder arbeiten und ein wenig Geld verdienen, anstatt zur Schule zu gehen?“

Als die Männer der Familie ihr Dorf El Escobal zum ersten Mal verlassen haben, war auch der siebzehnjährige Sohn Byron dabei: „Schon als ich klein war, habe ich jeden Tag Geld verdient,“ erzählt der Junge. „Aber der Lohn hier reicht nicht zum Überleben. Deshalb haben mein Vater und ich beschlossen, nach Norden zu gehen. Meine Mutter war sehr traurig. Aber wir hatten keine andere Wahl.“

In Mexiko kam es zur Katastrophe, sagt Vater Arturo. „Es ist uns schlecht ergangen. Mein Bruder wurde ermordet, sein Sohn schwer verletzt, und fast hätten auch mein Sohn und ich nicht überlebt.“

Die Männer wurden überfallen und verschleppt. „Die Entführer haben uns eingesperrt“, erinnert sich Byron. „Sie fotografierten uns und schickten die Bilder an unsere Familien, um Geld zu erpressen. Eine Art Lösegeld für unsere Freilassung.“ Für die Angehörigen in den USA und in Guatemala war das ein Schock. Mutter Maria bekam einen Anruf von Verwandten in den USA: „So erfuhren wir, dass die vier entführt worden waren und wir ein Lösegeld zahlen sollten. Zwölftausend Dollar. Sie gaben uns vierundzwanzig Stunden, um das Geld aufzubringen und ihre Leben zu retten.“

Derweil war der Junge Byron den Kriminellen ausgeliefert: „Sie sagten, sie würden uns den Hals durchschneiden, wenn sie das Geld nicht bekommen.“ Bis heute ist die Mutter in El Escobal dankbar für die Solidarität ihrer Nachbarinnen und Nachbarn: „Gott segne all die Leute aus unserem Dorf, die uns geholfen haben. Sie standen Schlange, um uns Geld zu geben. Einige sind sogar auf ihren Motorrädern losgefahren, um Geld aufzutreiben, damit meine Familie überlebt.“

Es gelang nicht, das gesamte Lösegeld aufzutreiben. Byrons Onkel wurde exekutiert. Der Junge Byron erinnert sich an diese Tage wie an einen Albtraum. „Manchmal bekamen wir etwas zu essen. Irgendwann brachten sie uns nach draussen und sagten, sie würden uns in die USA bringen. Doch plötzlich wurden wir überrumpelt und sie schnitten uns die Hälse auf. Wir konnten uns nicht wehren. Fast wären wir gestorben.“

Byron, sein Vater und sein Cousin waren schwer verletzt. Seinem Onkel hatten die Entführer so tief in den Hals geschnitten, dass er sofort starb. Die Überlebenden lagen blutend im Wald, während niemand in El Escobal wusste, was geschehen war. „Mehrere Nächte lang haben wir auf eine Nachricht gewartet, aber es kam keine“, sagt Maria. „Dann schickte uns jemand ein Foto von der Leiche meines Schwagers. Erst Tage später erfuhren wir, dass sein Junge schwer verletzt war. Mein Sohn und mein Mann waren noch länger verschwunden.“

Mit einem Finger zieht Byron eine Linie über seinem Hals nach. „Hier sieht man die Narbe. Sie haben die Haut von einem Ohr zum anderen aufgeschnitten. Ich weiss nicht, was genau passiert ist. Mein Vater hat mich getragen und um Hilfe gebeten. Er hat alles getan, damit ich nicht sterbe. Vier Tage lang war ich im Koma.“

Arturo Gonzales konnte seinen Sohn retten: „Gott sei Dank traf ich zwei mexikanische Polizisten, die uns in ein Krankenhaus brachten. Fünf Tage lang waren wir auf der Intensivstation. Ich dachte, ich würde sterben.“

Der Traum von einer besseren Zukunft in den USA war vorerst geplatzt. Einen Monat später kamen die beiden zurück nach El Escobal, obwohl Arturo Gonzales nicht weiss, wie er dort das Überleben seiner Familie sichern soll. Trotzdem war Maria glücklich: „Es war so eine grosse Freude, als mein Sohn und mein Mann zurückkamen. Dafür danken wir Gott. Es war, als wären sie wiedergeboren worden. Doch die Erfahrung der Entführung war furchtbar, traumatisierend. Ich weiss nicht wirklich, was mein Sohn alles erlitten hat. Auch danach gingen die Drohungen weiter. Die Mörder riefen hier an und sagten, sie würden uns alle töten. Wir hatten Lösegeld gezahlt und mein Schwager war tot, aber sie sagten, sie würden auch seine Frau und mich umzubringen.“

Für Arturo Gonzales war der misslungene Versuch, die USA zu erreichen, ein finanzielles Desaster: „Wir haben Schulden. Die Bank macht uns täglich Druck. Aber wir besitzen nichts mehr. Das Abenteuer, in die USA zu ziehen, um unsere Situation zu verbessern, hatte schlimme Folgen. Nichts hat sich verbessert.“

Wahrscheinlich wird der Vater sich bald wieder auf den Weg machen. „Das Elend ist gross. Von Tag zu Tag wächst der Wunsch, es nochmal zu versuchen. Hier im Dorf verdienen wir nicht genug, um unsere Schulden tilgen zu können. Wenn wir uns nicht wieder auf den Weg machen, nehmen uns die Banken unser Haus weg. Wir schulden noch vierzigtausend Quetzales, fünftausend Euro. Für uns ist das eine unbezahlbare Summe.“

Durch die Pandemie ist alles noch schlimmer geworden. Wahrscheinlich wird Don Arturo es nicht mehr lange aushalten, bevor er erneut versuchen wird, in die USA zu gelangen - in der Hoffnung auf eine bessere Zukunft für sich und seine Familie.

Gewalt hilft? - Mehr Geld für Militärveteran*innen geplant – für Umweltdienste im Gegenzug!

Guatemala, 12. Januar - Der Entwurf eines Gesetzes zur Zahlung einer Prämie an Militärveteran*innen, die die Regierung mit Protesten unter Druck setzen, sieht die Ausgabe von Anleihen vor, wenn sich die Begünstigten (im Gegenzug) an Wiederaufforstungen beteiligen.

Der Entwurf eines Gesetzes, mit dem die Regierung Tausenden von Militärveteran*innen, die an dem internen bewaffneten Konflikt teilgenommen haben, eine Entschädigung zahlen will, sieht vor, dass zur Beschaffung der erforderlichen Mittel Staatsanleihen ausgegeben und der Haushalt aufgestockt werden soll. Im Gegenzug müssen die Militärrentner*innen an einem Programm für zivilen Umweltschutz teilnehmen.

Aus dem Entwurf der Initiative, der bereits im Kongress der Republik kursiert und "Gesetz für ein Programm des Zivil-Ökologischen Dienstes für Personen, die während des internen bewaffneten Konfliktes Militärdienst leisteten" heisst, geht nicht hervor, wer die Abgeordneten sind, die als Berichterstatter*innen fungieren, und wie hoch die Beträge sind, die benötigt werden, um die Zahlung von 120.000 Q (= 13.340 €) pro Begünstigtem wirksam werden zu lassen.

Mit diesem Gesetz würde die Regierung pensionierten Militärangehörigen, die in den letzten Jahren Strassen blockiert haben, um die Behörden zu zwingen, ihren Forderungen nachzugeben, eine dreijährige Prämie zahlen. Ausserdem waren sie im letzten Jahr für die Beschädigung des Kongressgebäudes verantwortlich, wo sie auch mehrere Fahrzeuge verbrannten.

"Es ist notwendig, dass der guatemalteckische Staat den Militärdienst anerkennt, den die Soldat*innen während des internen bewaffneten Konflikts geleistet haben", heisst es in der Initiative.

Der Entwurf wird weiterhin damit begründet, dass seit der Unterzeichnung des Friedensabkommens im Jahr 1996 "viele der guatemalteckischen Soldat*innen, die aktiv an der internen bewaffneten Konfrontation teilgenommen haben, aus der ständigen Truppe der guatemalteckischen Armee ausgegliedert wurden, ohne dass sie eine Entschädigung oder Anerkennung für ihren Dienst erhalten haben".

So ist der Artikel 1 des Entwurfs wie folgt formuliert: "Das Programm für einen zivil-ökologischen Dienst wurde mit dem Ziel ins Leben gerufen, zur Verbesserung der Lebensqualität von Personen beizutragen, die während des internen bewaffneten Konflikts in der Armee gedient haben, und zwar durch die Schaffung, Umsetzung und Durchführung von Umweltprojekten, die in Ausführung des Zwecks dieser Bestimmungen entwickelt werden".

Im Rahmen des Programms für den Bürgerservice im Umweltbereich werden die folgenden Aktivitäten durchgeführt:

- Aufforstungsprojekte, Schutz und/oder Erhaltung von Wäldern zum Schutz von Wasserquellen und Wasseranreicherungsgebieten auf staatlichen Flächen.
- Bildungsprojekte im Umweltbereich, um die Umwelt und ihre Umgebung kennenzulernen, zu pflegen, zu schätzen und ihren Schutz zu fördern.
- Sanierungsprojekte zur Erhaltung, zum Schutz und zur Pflege der Umwelt.
- Abfallklassifizierung und Recyclingprojekte.
- Jedes andere Projekt zur Erhaltung, Gestaltung und Pflege der Umwelt, das die zuständige Behörde für angemessen hält.

Ausserdem wird ein Fonds für den städtischen Umweltservice eingerichtet, "der zur Deckung der Zahlungen für die Bereitstellung und Durchführung der Projekte des städtischen Umweltservice bestimmt ist". Dieser Fonds wird vom Ministerium für soziale Entwicklung mit Unterstützung des Ministeriums für Umwelt und natürliche Ressourcen über das nationale Bankensystem verwaltet. "Die Zahlung wird ausschliesslich Personen gewährt, die vom Ministerium für soziale Entwicklung ordnungsgemäss akkreditiert wurden und die während des internen bewaffneten Konflikts in der Armee gedient haben und die zum Zeitpunkt der Ausstellung der Bescheinigung keine anderen Leistungen oder wirtschaftlichen Vorteile vom Staat erhalten".

Mit der Verabschiedung der Initiative wird auch "die Erweiterung des Gesamthaushaltsplans der Einnahmen und Ausgaben des Staates für das laufende Haushaltsjahr genehmigt", wobei die Beträge [für die Veteran*innen, d. Red.] noch nicht feststehen.

In dem Entwurf heisst es: "Die Exekutive wird ermächtigt, über das Finanzministerium Staatsanleihen der Republik Guatemala für das laufende Haushaltsjahr auszugeben, zu verhandeln und zu platzieren". Ferner ist davon die Rede, dass "das Finanzministerium befugt ist, die vorliegende Haushaltsanpassung vorzunehmen, die, gemäss den geltenden Vorschriften, in die analytische Aufteilung des Haushalts einbezogen werden muss". (Prensa Libre)

36 Achí-Frauen berichten über sexuelle Übergriffe durch PAC zwischen 1980 und 1983

Guatemala, 12. Januar - Am Dreikönigstag, dem 6. Januar, begann der Prozess gegen fünf ehemalige Mitglieder der zivilen Selbstverteidigungspatrouille (PAC), die während des bewaffneten Konflikts zwischen 1980 und 1983 Gewalt und sexuelle Sklaverei an Frauen der indigenen Volksgruppe der Achí begangen haben sollen – im Übrigen ebenso wie Militärangehörige.

Während den Militärdiktaturen von Romeo Lucas García (1978-1982) und Efraín Ríos Montt (1982-1983) wurden Frauen zwischen 12 und 53 Jahren, die in der Umgebung des Militärkommandos von Rabinal in Alta Verapaz lebten, von Mitgliedern des PAC vergewaltigt und missbraucht. Die Frauen hatten zuvor ihre Ehemänner, Väter, Söhne oder Brüder durch aussergerichtliche Hinrichtungen oder Verschwindenlassen verloren.

Der Prozess zu den Übergriffen gegen die Achí-Frauen findet vor dem Hochrisikogericht A unter dem Vorsitz von RichterIn Jazmín Barrios statt. Nach mehrtägigen Expert*innenanhörungen werden diese Woche die Aussagen der Frauen beginnen, und es wird erwartet, dass das Urteil noch vor Ende des Monats verkündet wird. Dieser Fall geht der der 15 Frauen aus Sepur Zarco voraus, bei dem 2016 die beiden Ex-Militärs Esteelmer Reyes Girón und Heriberto Valdez wegen sexueller Sklaverei während des internen bewaffneten Konflikts zu 120 bzw. 240 Jahren Gefängnis verurteilt wurden.

Der Fall

Das Thema des internen bewaffneten Konflikts ist in der Region von Baja Verapaz ein heikles Thema. Viele Frauen wandten sich an das Kollektiv der Volksanwält*innen in Rabinal, um die Hinrichtung oder das gewaltsame Verschwinden ihrer Ehemänner, Väter und Söhne anzuzeigen. "Nach und nach sagten sie, dass ihnen etwas zugestossen sei, als sie nicht mehr da waren, aber sie wagten nicht zu sagen, was es war", sagt Lucía Xiloj, Anwältin in der Kanzlei.

Nachdem die ersten Frauen begonnen hatten, über sexuelle Gewalt zu sprechen, war das Tabu gebrochen und immer mehr wagten, darüber zu sprechen. Xiloj fügt hinzu, dass zunächst 11 Opfer im November 2011 Anzeige erstatteten und dann immer mehr hinzukamen, bis schliesslich 36 Frauen erklärten, im Alter zwischen 12 und 56 Jahren Opfer sexueller Gewalt durch die bewaffnete Gruppe geworden zu sein. Vier von ihnen waren zum Zeitpunkt der Ereignisse noch minderjährig, nur fünf konnten lesen und schreiben und 33 lebten in Armut. "Wir haben das gleiche Muster gesehen: Zwischen 1980 und 1981 wurde die sexuelle Gewalt zunächst in den Häusern der Frauen verübt. Dann änderte sich der Tatort: erst wurden die Frauen zum Militärkommando und später in das Modelldorf [*ein von den Militärs kontrolliertes Dorf, in das intern und extern Vertriebene zwangsangesiedelt wurden, d. Red.*] gebracht", erklärt die Anwältin.

Die Kommission für historische Aufklärung (CEH) definiert die PACs als zivile Gruppen, die Anfang der 1980er Jahre "von der bewaffneten Institution unter Zwang organisiert wurden, um die Guerillabewegung zu isolieren und die Gemeinden zu kontrollieren". Im April 1983 erkannte die damalige Regierung diese Gruppen durch das Regierungsabkommen 222-83 rechtlich an, mit dem das Nationale Hauptquartier für die Koordinierung und Kontrolle der zivilen Selbstverteidigung geschaffen wurde.

Es hatte Aussagen gegeben, nachdem diese Taten nicht von Mitgliedern der PAC, sondern von Armeeingehörigen begangen wurden. Die Opfer waren jedoch in der Lage, fünf ehemalige Patrouillenmitglieder, die derselben Gemeinde angehören, vollständig zu identifizieren. Die Angeklagten sind Benvenuto Ruiz Aquino, Bernardo Ruiz Aquino, Damián Cuxun Alvarado, Gabriel Cuxun Alvarado und Francisco Cuxun Alvarado. Letzterer wurde von den Vereinigten Staaten ausgeliefert, die ihn in der Stadt Boston festnahmen, nachdem sie seine illegale Einreise in das Land entdeckt hatten.

"Während viele Einwanderer*innen auf der Suche nach einem besseren Leben in dieses Land kommen, kam Herr Cuxun Alvarado illegal, um einer dunklen kriminellen Vergangenheit zu entkommen", teilte die US-Botschaft in Guatemala im Mai 2019 mit. Die Anthropologin Irma Alicia Velásquez Nimatuj erklärt in ihrem Gutachten, das in der ersten Woche des Prozesses vorgelegt wurde, dass sexuelle Gewalt als Kriegstaktik und nicht als Kriegsbeute eingesetzt wurde: "Sexuelle Gewalt wurde institutionalisiert, um die Achí-Frauen zu unterwerfen. Durch die individuellen und kollektiven Vergewaltigungen sollte ihre Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft beseitigt werden", erklärte sie.

Am Dienstag sagte auch ein Mann aus, der als Zeuge D identifiziert wurde. Er war zur Zeit der Ereignisse 13 Jahre alt und wurde von den Streitkräften gefangen genommen. Nach seinen Angaben war er 15 Monate lang im Militärkommando Rabinal inhaftiert und wurde Zeuge, wie eine der Frauen, die für die Essensausgabe an die Gefangenen zuständig war, auf der Toilette vergewaltigt wurde.

"Die Frau wurde ins Bad geschickt und dort vergewaltigt. Nachts sah ich schreckliche Dinge, ich hörte Frauen, junge Frauen und sogar Mädchen schreien, sie töteten sie nachts", sagte Zeuge D, der später gezwungen wurde, mit der PAC zu patrouillieren. Die weiblichen Opfer sind heute zwischen 50 und 86 Jahre alt, einige von ihnen haben Kinder als Folge der Vergewaltigungen, und hoffen, in den nächsten Tagen vor Gericht aussagen zu können. (Prensa Libre)

Berufungskommission für die Wahl der Generalstaatsanwaltschaft installiert

Guatemala, 13. Januar - Mit 119 Ja-Stimmen billigte der Kongress die Forderung nach Einsetzung der Berufungskommission für die Wahl der Generalstaatsanwaltschaft und der Leitung der Staatsanwaltschaft (MP), was zur Ablösung der derzeitigen Generalstaatsanwältin María Consuelo Porras führen könnte, die von den Vereinigten Staaten beschuldigt wird, Korruption und Straflosigkeit im Land zu begünstigen. Die Vereinbarung mit der Nummer 1-2022 ist der erste Schritt zur Wahl der Leitung der MP und wird mit ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt wirksam.

Etwa 49 Minuten nach Beginn der Sitzung waren 123 Abgeordnete im Plenarsaal, von denen vier gegen die Annahme der Einberufung stimmten. Da es keine Vorschläge oder Anträge seitens der Abgeordneten gab, beendete der Präsident des scheidenden Kongresspräsidiums, Allan Rodríguez, die Sitzung und gab die Zustimmung zur ersten Kongressvereinbarung des Jahres. Nach der Genehmigung dieser ersten Anforderung muss die Berufungskommission einen Zeitplan für die Entgegennahme und Qualifizierung der Dossiers aufstellen; anschliessend muss sie aus den registrierten Kandidat*innen eine Liste von sechs Kandidat*innen vorlegen, die dem Präsidenten der Republik, Alejandro Giammattei, übermittelt wird, der die neue Leitung der MP und der Generalstaatsanwaltschaft ernennen wird, die (womöglich) Porras ablöst.

Die Berufungskommission setzt sich zusammen aus:

- dem*der Präsident*in des Obersten Gerichtshofs;
- dem*der Präsident*in der Anwaltskammer;
- dem*der Präsident*in des Ehrengerichts der Anwaltskammer; und
- den Dekan*innen der rechts- und sozialwissenschaftlichen Fakultäten der Universitäten des Landes.

Nach geltendem Recht muss die Person, die dieses Amt innehat, dieses vier Jahre lang ausüben, wobei sie ihr Amt am 17. Mai des entsprechenden Jahres antritt und es am 16. Mai des vierten Amtsjahres abgibt. In diesem Sinne bleiben nur noch wenige Monate, bis die derzeitige Generalstaatsanwältin Porras das Amt abgeben muss.

Das Amt des*der Generalstaatsanwalts/-anwältin von Guatemala hat dieselben Vorrechte und Immunitäten wie die Richter*innen des Obersten Gerichtshofs und kann nur durch den Präsidenten der Republik aus dem Amt entfernt werden, wenn ein ordnungsgemäss begründeter Grund vorliegt. (La Hora)

Gesucht: Fachkraft für Konflikttransformation (w/m/d) in Guatemala

Der Hintergrund und die Partnerorganisation

Die Koordinationsstelle für Nichtregierungsorganisationen und Kooperativen (CONGCOOP) fördert die Entwicklung einer politischen und demokratischen Kultur in der guatemaltekischen Gesellschaft, die fähig ist, transformative Prozesse in Gang zu setzen, um solide und stabile Bedingungen für die menschliche Entwicklung zu schaffen. Gleichermassen stärkt CONGCOOP soziale Bewegungen, um ihre Beteiligung und ihren Einfluss beim Aufbau und der Ausgestaltung demokratischer staatlicher Prozesse und Strukturen effektiver zu gestalten.

Die Strategien der CONGCOOP sind auf die Entwicklung gesellschaftspolitischer Aktionen ausgerichtet und basieren auf der partizipativen Aktionsforschung, der Analyse der Konflikte und der sozialen Probleme, sowie der Stärkung der Kapazitäten ihrer Mitglieder (soziale Bewegungen, bäuerliche und Gemeindeorganisationen). Ebenso werden thematische Debatten in der guatemaltekischen Gesellschaft unterstützt.

CONGCOOP arbeitet insbesondere in fünf Gemeinden Guatemalas (Guatemala City, Santa Catarina Ixtahuacán, San Lucas Tolimán, San Antonio Palopó und Chisec) hauptsächlich mit indigenen Bevölkerungsgruppen, die neben Armut mit diversen Herausforderungen konfrontiert sind (Landnutzungs- und Umweltkonflikte, Konflikte um den Zugang zu Wasserressourcen und Migration).

Um diesen Herausforderungen zu begegnen, setzt sich CONGCOOP für politische Bildung, Konflikttransformation sowie für eine stärkere Bürgerbeteiligung ein. Die Arbeit der Organisation konzentriert sich auf die Mitwirkung indigener Frauen in Entscheidungsräumen und auf die Umsetzung der individuellen und kollektiven Menschenrechte. Ziel von CONGCOOP ist es, neue Formen der Partizipation, der politischen Interessenvertretung und von Methoden der Konflikttransformation zu fördern, um damit einen Beitrag zur Unterstützung der demokratischen Prozesse in Guatemala zu leisten. Die Teilhabe besonders ausgegrenzter Bevölkerungsgruppen (z.B. Jugendliche, Frauen, indigene Völker) soll dabei sichergestellt werden. Dienstsitz ist Guatemala-Stadt, Guatemala. Gelegentliche Dienstreisen in der Region sind vorgesehen.

Die Aufgaben

Als Fachkraft für Konflikttransformation tragen Sie dazu bei, dass CONGCOOP und seine Kooperationspartner in ihrer Arbeit neue Ansätze in den Prozessen der Bürgerbeteiligung und Konflikttransformation für eine inklusive soziale Entwicklung anwenden. Insbesondere sind Sie für folgende Aufgaben verantwortlich:

- Sie konzipieren und halten Fortbildungen in gendersensiblen Konflikttransformationsmethoden für das Personal von CONGCOOP und kommunale Führungskräfte und unterstützen bei deren Anwendung
- Sie unterstützen und beraten bei der Implementierung von Gender-Analyseinstrumenten sowie bei der Integration des Konflikttransformationsansatzes in Programme und Projekte
- Sie begleiten die partizipative Analyse von Konflikten in Gemeinden und beraten bei der Strategiebildung und Umsetzung lokaler Prozesse der Konflikttransformation, unter Begleitung kommunaler Führungskräfte
- Sie begleiten das Personal von CONGCOOP bei der Konzeption und Entwicklung von Studien zur integrativen politischen Beteiligung von Frauen und indigenen Gemeinden
- Sie unterstützen bei der Entwicklung von Vorschlägen für eine integrative öffentliche Politik auf kommunaler und nationaler Ebene auf der Grundlage der durchgeführten Studien und begleiten beim Dialog mit öffentlichen Einrichtungen auf kommunaler und nationaler Ebene
- Sie beraten bei der Entwicklung von Advocacy-Strategien sowie bei der Wirkungsbeobachtung und Dokumentierung der durchgeführten Arbeit im Bereich der Advocacy und Konflikttransformation

Ihr Profil

- Sie verfügen über einen Studienabschluss im Bereich Friedens- und Konfliktforschung oder in einer vergleichbaren Studienrichtung und haben einschlägige Weiterbildungen absolviert
- Sie haben mindestens zwei Jahre Berufserfahrung im Bereich der gendersensiblen Konflikttransformation und Advocacy-Arbeit, idealerweise in Zentralamerika
- In der partizipativen Gestaltung von Workshops und Fortbildungen bringen Sie bereits praktische Erfahrung mit
- Ihre verhandlungssicheren Spanischkenntnisse ermöglichen Ihnen eine sichere und zielgruppengerechte Kommunikation
- Sie verfügen über eine hohe interkulturelle Sensibilität

Bitte beachten Sie, dass die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates der Europäischen Union oder der Schweiz eine formelle Voraussetzung ist.

Die Leistungen von Brot für die Welt und Dienste in Übersee

Brot für die Welt bietet den Rahmen, in dem die von Dienste in Übersee vermittelten Fachkräfte ihr Wissen und ihre Fähigkeiten mit Menschen in einem anderen Kulturkreis teilen können.

Das solidarische Miteinander, das voneinander Lernen und der interkulturelle Austausch werden ermöglicht durch:

- Individuelle Vorbereitung (ca. 3 Monate in Deutschland und Europa)
- Dreijahresvertrag mit Leistungen nach dem deutschen Entwicklungshelfer*innengesetz (EhfG)
- Supervision

Wichtiger Hinweis

Aufgrund der aktuellen weltweiten Einschränkungen durch die Covid-19-Pandemie lassen sich derzeit keine endgültigen Termine für Auswahl und Ausreise festlegen. Dennoch freuen wir uns über Ihre Bewerbung und suchen individuell mit Ihnen nach den aktuell besten Einsatzmöglichkeiten. Dienste in Übersee gGmbH ist eine 100%ige Tochter des Evangelischen Werkes für Diakonie und Entwicklung e.V. mit der Marke Brot für die Welt .

¡Fijáte!

vierzehntägiger E-Mail-Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>

www.facebook.com/fijateMagazin

Redaktion:

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de
Theresa Bachmann - theresabachmann95@web.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein ¡Fijáte!, registriert in CH-2502 Biel, c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €
Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6